



Liebe Landsleute,

Ich möchte dies einmal weiterleiten, damit jeder sieht was mit den noch bestehenden Versicherungen und vor allem mit der Rente geschehen wird.

... darüber sollten wir einmal nachdenken.

Paragraf 89 VAG 21.06.2010

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und liebe Leser,

nachfolgend erhalten Sie einen weiteren Artikel zur Reihe „kurz und bündig“.

Wer seine Altersversorgung aufgebaut hat auf eine Lebensversicherung, das Spargbuch, einen Bausparvertrag etc., kann nicht mehr damit rechnen, irgendwelche Auszahlungen daraus zu erhalten. Banken und Versicherungen sind aufgrund der neuesten Gesetzgebung nicht mehr zu Auszahlungen verpflichtet, wenn dadurch für sie die Gefahr besteht, in Konkurs zu gehen.

In § 89 des VAG heißt es dazu:

„... Alle Arten Zahlungen, besonders Versicherungsleistungen, Gewinnverteilungen und bei Lebensversicherungen der Rückkauf oder die Beleihung des

Versicherungsscheins sowie Vorauszahlungen darauf, können zeitweilig verboten werden.“

- Vergleiche: <http://www.versicherungsgesetze.de/versicherungsaufsichtsgesetz/0089.htm>

VAG § 89 Zahlungsverbot; Herabsetzung von Leistungen

(1) Ergibt sich bei der Prüfung der Geschäftsführung und der Vermögenslage eines Unternehmens, dass dieses für die Dauer nicht mehr imstande ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen, die Vermeidung des Insolvenzverfahrens aber zum Besten der Versicherten geboten erscheint, so kann die Aufsichtsbehörde das hierzu Erforderliche anordnen, auch die Vertreter des Unternehmens auffordern, binnen bestimmter Frist eine Änderung der Geschäftsgrundlagen oder sonst die Beseitigung der Mängel herbeizuführen. Alle Arten Zahlungen, besonders Versicherungsleistungen, Gewinnverteilungen und bei Lebensversicherungen der Rückkauf oder die Beleihung des Versicherungsscheins sowie Vorauszahlungen darauf, können zeitweilig verboten werden. Die Vorschriften der

Insolvenzordnung zum Schutz von Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und – abrechnungssystemen sowie von dinglichen Sicherheiten der Zentralbanken und von Finanzsicherheiten finden entsprechend Anwendung.

(2) Unter der Voraussetzung in Absatz 1 Satz 1 kann die Aufsichtsbehörde, wenn nötig, die Verpflichtungen eines Lebensversicherungsunternehmens aus seinen Versicherungen dem Vermögensstand entsprechend herabsetzen. Dabei kann die Aufsichtsbehörde ungleichmäßig verfahren, wenn es besondere Umstände rechtfertigen, namentlich wenn bei mehreren Gruppen von Versicherungen die Notlage des Unternehmens mehr in einer als in einer anderen begründet ist. Bei der Herabsetzung werden, soweit Deckungsrückstellungen der einzelnen Versicherungsverträge bestehen, zunächst die Deckungsrückstellungen herabgesetzt und danach die Versicherungssummen neu festgestellt, sonst diese unmittelbar herabgesetzt. Die Pflicht der Versicherungsnehmer, die Versicherungsentgelte in der bisherigen Höherweiterzuzahlen, wird durch die Herabsetzung nicht berührt.

(3) Die Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 können auf eine selbständige Abteilung des Sicherungsvermögens (§ 66 Abs. 7) beschränkt werden.

Kurzkommentar:

Weiter heißt es dort u.a.: „Die Pflicht der Versicherungsnehmer, die Versicherungsentgelte in der

bisherigen Höhe weiterzuzahlen, wird ... nicht berührt.“

Also Verpflichtung zur Zahlung, auch wenn keine Leistung erfolgt. Was könnte dies bedeuten, wenn aus der Kann-Formulierung eine Muss-Regulierung wird? Da viele dieser Gesellschaften oftmals in Staat- und Bundesanleihen investiert sind, wird für die Nichtbetroffenen kein Schaden mehr entstehen können. Die Zeche werden die bezahlen, die auf dieser Titanic bis zum Schluss ausgeharrt haben.

Bitte denken Sie selbst darüber nach!

Weitere Artikel erhalten Sie wenn Sie mögen.

Mit freundlichen Grüßen

IFM GmbH



Re:Paragraf 89 VAG 21.06.2010

« Antworten #4 am: 12. Dezember 2010, 02:06:11 »



Dazu passt auch folgender Bericht, denn ich vor ein paar Tagen gefunden habe. Leider fehlt hier die Quellenangabe, da ich nicht mehr weis woher sie stammt. Die Mod's mögen bitte prüfen, ob der Artikel drin bleiben kann, oder wegen fehlender Quellenangaben gelöscht werden muss.

01.12.2010

Der kleine Mann zahlt mit seiner Lebensversicherung die EU-Entschuldung

Der kleine Mann soll für die EU-Entschuldung bluten. Es trifft alle Anleger, die eine Lebens- und private Rentenversicherung abgeschlossen haben.

Die erhoffte Rendite nach 20 oder 30 Jahren mühevollen Sparens wird sehr viel magerer ausfallen, als bei Vertragsabschluss prognostiziert. Und zwar deshalb, weil Europa wohl keinen anderen Ausweg mehr sieht, als die private Versicherungsgesellschaften zum Kauf von Staatsanleihen der hochverschuldeten EU-Länder zu zwangsrekrutieren. Die Versicherer sind die einzigen, die mit größeren Summen flüssig sind und sich die Staatsanleihen in größeren Mengen leisten könnten. Die Besitzer der Staatsanleihen sollen nämlich künftig einen finanziellen Beitrag zur Entschuldung der EU-Länder leisten. Dazu müssen sie natürlich an den Mann gebracht werden.

Nun tappen die Anlagestrategen der Versicherungsbranche nicht freiwillig in diese Falle. Sie werden gezwungen. Die EU-Finanzminister schaffen gerade drei Instrumente, mit denen sie die Versicherungsbranche in die Zange nehmen wollen.

Instrument Nummer 1: Schuldenrestrukturierungsmechanismus (SDRM) ab Juni 2013

Das erste Instrument wurde letzten Sonntag (28. November 2010) beschlossen. Bei den Verhandlungen Irlands mit Vertretern der Europäischen Union (EU), der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU), der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden die Eckpunkte für einen ständigen Schuldenrestrukturierungsmechanismus (SDRM) für die Eurozone ab Juni 2013 festgezurr. Anleihegläubiger werden von 2013 an an entsprechenden Kosten beteiligt. Dazu sollen EWU-Staatsanleihen einheitlich mit so genannten Collective Action Clauses (CAC) versehen werden. Diese Klauseln erleichtern im Falle von Schuldenrestrukturierungsverhandlungen eine Einigung.

Instrument Nummer 2: EU-Bonds schnellstmöglich

Doch eine einheitliche Behandlung von Anleihebesitzer in der EU ist nicht so einfach. Die Spreads (unterschiedliche Bewertungen) der Staatsanleihen von Irland, Portugal, Irland und Griechenland sowie die Staatsanleihen der anderen EU-Länder driften so stark auseinander, dass der Ruf nach einer einheitlichen EU-Anleihe immer eindringlicher wird. Im Poker um einen Krisenmechanismus in der Eurozone erwägt nun die Bundesregierung, künftig unter bestimmten Bedingungen auch gemeinsame Anleihen aller Euro-Länder zu ermöglichen. Einen EU-Bonds also, der möglicherweise sogar als Floater, also mit variablen Zinssätzen, kommen soll, bei dem Deutschland automatisch wohl den größten Teil ausmachen wird. Nach Informationen des Nachrichtenmagazins FOCUS erwartet Deutschland dafür im Gegenzug strengere Auflagen für Defizitsünder in der EU und ein verbindliches Restrukturierungsverfahren für Staaten, denen die Zahlungsunfähigkeit droht. Letzteres ist ja letztes Wochendende geschehen.

Bislang hatte sich Deutschland stets massiv gegen so genannte Eurobonds gestraut. Denn die Bundesregierung befürchtet ein schlechteres Rating am Kapitalmarkt, wenn sie den Kreditbedarf Deutschlands nicht mehr alleine, sondern über gemeinsame Anleihen mit weniger soliden Eurostaaten stillen müsste. Dann drohen Deutschland deutlich höhere Zinsen. Der deutsche Steuerzahler wird im Ernstfall also, falls es zu einem Staatsbankrott bei den PIGS (Portugal, Irland, Griechenland, Spanien) kommen sollte, ohnehin in absoluten Zahlen am meisten zur Kasse gebeten. Übrigens ist auch Frankreich sehr gefährdet und könnte im Rating weiter heruntergestuft werden.

Mit den Eurobonds würde Deutschland auch für die Schulden anderer Euro-Länder mithafteten. "Das tun wir aber bei einer Ausweitung oder Verlängerung des Euro-Rettungsschirms auch", zitierte FOCUS einen mit dem Verhandlungsstand vertrauten Regierungsvertreter.

Instrument Nummer 3: Solvency II ab 2013

Und jetzt kommen die Millionen Inhaber von Lebens- und privaten Rentenversicherungen ins Spiel, die die einzelnen Staatsanleihen verschuldeter EU-Staaten oder den gemeinsamen EU-Bonds mit ihren Beiträgen stützen sollen. Doch wie wollen die Politiker die Versicherungsgesellschaften zwingen, Anleihen zu kaufen? Die Antwort lautet: Mit Solvency II. Das ist ein neues Regelwerk für die Vericherungsbranche, an dem die EU-Finanzminister gerade arbeiten.

Nach Informationen der WirtschaftsWoche soll es so funktionieren: Ab 2013 sollen Europas Versicherer ihre für Kunden angelegten Gelder mit mehr Eigenkapital unterlegen. Je riskanter die Anlage, desto mehr Eigenkapital ist gefordert - für Aktien planen die Regulierer aktuell bis zu 40 und für Immobilien bis zu 25 Prozent der Anlagesumme.

Nur EU-Staatsanleihen sollen nicht mit Eigenkapital unterlegte werden. Sie gelten in den Augen der Regulierer als sicher, das gilt sogar für Anleihen aus dem hochgradig ausfallgefährdeten Griechenland.

Solvency II soll ja eigentlich die Versicherungs-Konzerne in Europa krisenfester machen. Sie sollen trotz möglicher Verluste in Zukunft immer noch genügend Kapital haben, um Kunden auszusahlen.

Die EU-Finanzminister versuchen nun beides, das augenblickliche Kapital der Versicherungskonzerne für die Schuldenregulierung in Europa abzuschöpfen und dennoch den Beitragszahlern eine Auszahlung zu sichern, nur halt mit weniger Renditen. Für Versicherer gibt es kaum einen Ausweg. Selbst wenn renitente Anlagechefs dem Willen der

Regulatoren nicht folgen und Aktien kaufen, müssen sie das dafür geforderte hohe Eigenkapital vorhalten. Das wiederum müssen sie sicher anlegen. Wo? Richtig: in risikofreien Staatsschulden. Zum Beispiel auch aus Griechenland oder im EU-Bonds, wenn er denn in Kürze kommen sollte.

Warum nehmen die EU-Finanzminister die Versicherungen in die Zange?

Weil die Versicherungen, die einzigen sind, die sich den Kauf von europäischen Staatsanleihen in größerem Stil überhaupt leisten können. Die deutschen Versicherungsgesellschaften zum Beispiel halten nur 134 Milliarden Euro ihres 1.039 Milliarden Euro schweren Anlagevolumens in Staatsschulden und Darlehen an Staaten. Da hätten Politiker gerne ein größeres Stück vom Anlagekuchen.

In ganz Europa geht es um gigantische 6.800 Milliarden Euro an Geld, das Europas Versicherer vor allem für die Altersvorsorge der Bürger anlegen. Würden die Versicherer von dem Geld der Beitragszahler Staatsanleihen kaufen, stiege die Nachfrage der Anleihen und damit der Kurs. Im Gegenzug würden die Renditen sinken. Zum Wohle der verschuldeten Staaten. Und zum Nachteil der Anleihekäufer, also der Versicherer, die wiederum deshalb schlechte Renditen für ihre Versicherungskunden erwirtschaften.

Die Politiker nun melken die Versicherer allerdings nicht aus Boshaftigkeit, son
In ganz Europa geht es um gigantische 6.800 Milliarden Euro an Geld, das Europas Versicherer vor allem für die Altersvorsorge der Bürger anlegen. Würden die Versicherer von dem Geld der Beitragszahler Staatsanleihen kaufen, stiege die Nachfrage der Anleihen und damit der Kurs. Im Gegenzug würden die Renditen sinken. Zum Wohle der verschuldeten Staaten. Und zum Nachteil der Anleihekäufer, also der Versicherer, die wiederum deshalb schlechte Renditen für ihre Versicherungskunden erwirtschaften.

Die Politiker nun melken die Versicherer allerdings nicht aus Boshaftigkeit, sondern weil andere Maßnahmen nicht greifen. Die Europäische Zentralbank kaufte bis Anfang November 2010 für 63,5 Milliarden Euro Staatsanleihen, vor allem aus den Wackel-Ländern Griechenland, Portugal und Irland, damit auch marode Euro-Staaten noch zu tragbaren Zinsen Geld am Kapitalmarkt bekommen.

Das stützt zwar den Euro. Aber es ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und im Vergleich zu den Maßnahmen der USA zur Stützung des Dollars geradezu Peanuts. Es bedarf größer Summen - halt die der Versicherungen.

US-Notenbank kauft für über 600 Milliarden Euro US-Staatsanleihen

Auch der US-Notenbankchef Ben Bernanke will die Zinsen drücken, weil er hofft, so das Wachstum anzutreiben. Die US-Notenbank Fed kauft deshalb bis Mitte 2011 für 600 Milliarden Dollar (458 Milliarden Euro) US-Staatsanleihen. Inklusiv der Wiederanlage fälliger Anleihen dürfte das Kaufvolumen insgesamt rund 900 Milliarden Dollar (688 Milliarden Euro) betragen. Und Fed-Chef Bernanke hat sich außerdem die Option (Bernanke-Put) offengehalten, das Kaufprogramm gegebenenfalls anzupassen, sollten neue Daten dies notwendig machen. Die USA und Japan nutzen die Gunst der Stunde und emittieren nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank aus Frankfurt am Main bis Mitte 2011 für rund 3.000 Milliarden Dollar (2.292 Milliarden Euro) Staatsanleihen. Gleichzeitig müssten internationale Großbanken ein Volumen von rund 800 Milliarden Dollar (611 Milliarden Euro) an den Märkten platzieren.

Kleine Banken könnten durch Anleihen-Schwemme ausgeknockt werden

Die Pläne der EU, Anleihe-Gläubiger ab 2013 an den Kosten von Rettungsaktionen für überschuldete Staaten zu beteiligen, könnte auch noch einem zweiten Opfer teuer zu stehen kommen: den kleinen Banken.

Die Bundesbank warnt vor dem Konkurrenzkampf um frisches Geld. Die klammen Staaten kommen den Banken bei der Refinanzierung in die Quere. Auch die Institute brauchen viel Geld - in ihren Büchern schlummern noch die Altlasten der US-Immobilienkrise. "Der Refinanzierungsbedarf der Banken kann mit dem zunehmenden Angebot von Staatsanleihen kollidieren", heißt es in dem am 11. November 2010 vorgelegten Jahresbericht der Deutschen Bundesbank. Für kleinere Institute werde es damit eng: "Vor allem schwächere Banken könnten sich einem intensiven Wettbewerb um Finanzmittel ausgesetzt sehen", heißt es in dem Jahresbericht der Deutschen Bundesbank weiter. Die deutschen Banken stünden im nächsten Jahr vor einem Refinanzierungsbedarf von rund 500 Milliarden Euro.

Rubel könnte Euro stärken

Der deutsche Bank-Chef Josef Ackermann plädiert jetzt sogar dafür, Russland in den Euro aufzunehmen, was nach Einschätzung des Chefredakteurs von EAST STOCK TRENDS, Andreas Männicke, aus Hamburg ein sensationell guter Vorschlag sei, denn der Rubel könnte den Euro aufgrund der geringen Staatsverschuldung besser stabilisieren als jedes andere Land in Europa. Mit Russland im Boot könnte der jetzt noch sehr un stabile Euro sogar langfristig dem Dollar als Leitwährung Konkurrenz machen oder ihn ablösen. Russland wird jetzt auch NATO-Verbündeter bei der Terrorbekämpfung. Man diskutiert bereits über ein neues Raketenabwehrsystem, was sicherlich besser ist als der "Kalte Krieg" wie noch 2008 zu Zeiten des Georgien-Krieges.